



Offener Brief an die Bildungspolitik in Baden-Württemberg

Stuttgart, den 3. September 2024 PM |

Sehr geehrte Frau Ministerin Schopper, sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrte Mitglieder des Landtags, sehr geehrte Damen und Herren,

die Situation in der baden-württembergischen Bildungslandschaft ist schon seit Jahren festgefahren. Auch die vor den Sommerferien präsentierte Bildungsreform ist wohl kaum ein großer Wurf. Die größten Problemherde werden ausgeblendet. Dabei ersetzt zu oft Aktionismus weitsichtige Schulpolitik. Darunter leiden vorrangig die 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg.

In der Schule erhalten wir veralteten Unterricht, mit überholten Unterrichtskonzepten und aus der Zeit gefallen Inhalten. Darüber hinaus ist die Schulausstattung oft schlecht und die Lehrer angesichts steigender Anforderungen, vor allem abseits des Klassenzimmers, überlastet. Die Konsequenz daraus halten uns die schlechten Ergebnisse der PISA-Studien, VERA 3 & VERA 8 sowie des IQB-Bildungstrends seit langem vor Augen. Auch zahlreiche weitere Studien, wie IGLU und TIMSS, bestätigen die Abnahme der Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems.

Doch nicht nur im Hinblick auf den Leistungsabfall kommt die Bildungspolitik nicht voran, sondern auch bei der Bekämpfung der grassierenden Chancenungleichheit stagniert sie. Der Leistungsunterschied zwischen sozial privilegierten und benachteiligten Schülerinnen und Schülern liegt in Deutschland weit über dem OECD-Durchschnitt. Die Differenz ist dabei seit 2012 nicht kleiner geworden. Die Ergebnisse haben gleichzeitig verdeutlicht, dass sich Leistungsniveau und Bildungsgerechtigkeit nicht gegenseitig ausschließen (PISA 2022). Trotzdem beginnen Akademikerkinder in 79 % der Fälle ein Studium, während diese Zahl bei Nicht-Akademikerkindern nur bei 29 % liegt (Meyer-Guckel et al. 2021). Der Bildungserfolg hängt leider nach wie vor maßgeblich vom sozioökonomischen Hintergrund ab.

Viele dieser Probleme könnten sicherlich gelöst oder zumindest reduziert werden, wenn vor Ort genug Personal vorhanden wäre. Doch auch hier konnten mit den bisherigen Maßnahmen kaum Fortschritte erzielt werden. Die Lücke, die der Lehrermangel an Schulen hinterlässt, ist immens. Aktuell klafft in Baden-Württemberg eine Differenz von ca. 8.000 Vollzeit- und 2.000 Teilzeitlehrkräften bis zur optimalen Versorgung (KM). Zudem fehlt es an Pädagogen und Sozialarbeitern.

Daneben ergeben sich zahlreiche weitere Felder, in denen seit Jahren nennenswerte Veränderungen ausbleiben: Inklusion, mentale Gesundheit, Bürokratie, die Diskrepanz zwischen zukünftigen Herausforderungen von jungen Menschen und in der Schule vermittelten Inhalten und der geringe Übergang in das duale Ausbildungssystem.

Wir begrüßen zwar Initiativen wie etwa SprachFit, dennoch werden viele der bereits genannten Baustellen in der vorgelegten Bildungsreform gar nicht erst bearbeitet. Diese scheitert daran, die grundsätzlichen Probleme anzugehen und eine tragfähige Vision für die Zukunft des Schulwesens in Baden-Württemberg aufzuzeigen. Diese Problematik zeigt sich sehr deutlich bei der Vertiefung der Demokratiebildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geografie. Grundsätzlich ist dies zwar zu begrüßen, doch an und für sich kein großer Fortschritt. Wer echte Demokratiebildung an Schulen umsetzen möchte, muss Demokratie nicht nur theoretisch im Unterricht behandeln, sondern auch praktisch vor Ort vermitteln. Unser Bildungssystem baut immer noch auf dem Top-Down-Prinzip auf, bei dem der Schülerschaft kaum Mitbestimmungsrechte gewährt werden.



Hier wäre eine Stärkung der SMV-Rechte und die Einführung eines separaten Stundenkontingents für die Verbindungslehrer der weitaus wichtigere Schritt gewesen. Ein ähnliches Problem zeigt sich bei der von der Landesregierung geplanten Stärkung der MINT-Fächer. Hier wurde leider nur der einfache Weg gewählt, nämlich die Stundenkontingente der betreffenden Fächer zu erhöhen. Hätte man sich hier wahrhaftig mit dem Problem auseinandergesetzt und mit den Schülerinnen und Schülern gesprochen, dann hätte man Unterrichtskonzepte, Inhalte und Motivationsanreize gleich mit überdacht.

Für uns ist klar, dass es umfassendere Schritte braucht, um allen Beteiligten im Bildungssystem das Gefühl zu geben, dass wir nun endlich den Ausgang aus der Bildungskrise schaffen.

Wir, die Schülerschaft, sehen trotz allem großes Potenzial. Wir sind tagtäglich in Kontakt mit zahlreichen Akteuren im Schulwesen, die sich einbringen wollen, die mit Expertise und Leidenschaft positive Änderungen in der Bildungslandschaft bewirken wollen.

Die Möglichkeiten sind da, sie müssen nur genutzt werden. Die gescheiterte Bildungsinitiative in Bebenhausen, aber auch der jüngst erschienene Brandbrief des Städtetags, zeigen eindrücklich, dass es jetzt gemeinschaftlich erarbeitete Lösungen braucht. Um dies zu erreichen und um Baden-Württemberg endlich eine langfristige Perspektive für unsere Schulen zu bieten, fordern wir die Einrichtung einer „Enquete-Kommission Bildung“. Diese soll ausdrücklich mit dem Ziel antreten, die bereits genannten Probleme effektiv zu bekämpfen und die andauernde Selbstblockade der Beteiligten im Bildungssystem zu überwinden. Wir erhoffen uns, dass daraus nicht einfach nur ein weiteres Gremium, sondern vielmehr eine von der Öffentlichkeit gut beobachtete Instanz wird, die sich für den Ausstieg aus der Bildungsmisere verantwortlich zeigt. Wenn sich alle Akteure ein Stück weit kompromissbereit zeigen, dann kann daraus eben jener große Wurf werden, den man den 1,5 Millionen Schülerinnen und Schülern schuldig wäre.

Mit freundlichen Grüßen,
der Landesschülerbeirat

Kontakt zum Landesschülerbeirat

Pressesprecherin | Esmeralda Temizyüz
presse@lsbr.de
+49 172 7388816

Vorsitzender | Joshua Meisel
vorsitz@lsbr.de
+49 172 3467697

Geschäftsstelle | Landesschülerbeirat
Silberburgstraße 158
70178 Stuttgart